REICHSAUSGABE

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 118 A | BERLIN • Sonntag, den 22. Mai 1932 | 1. JAHRGANG

Der Bürgerkrieg hat begonnen.

Erwerbslose und Polizei. / 7 Polizisten, 12 Demonstranten schwer verletzt.

W—er. Seit langem sind Unruhen und gelegentliche Ausbrüche der Verzweiflung seitens der Erwerbslosen, an der Tagesordnung. Niemand, der weiß, unter welchen elenden Bedingungen die Erwerbslosen leben, wird sich über diese Verzweiflungsakte wundern, obwohl er sich sagen muß, daß sie gewiß nichts ändern an dem heutigen verfahrenen Zustand, den Pfuscher und noch weniger nützliche Zeitgenossen benutzen, um Talentlosigkeit und Profitsucht sich austoben zu lassen. So wenig zwar dieser Zustand geschützt zu werden verdient, so sehr muß man die Tatsache respektieren, daß er geschützt wird durch Polizei und andere Machtmittel des Klassenstaates, und daß nur eine groß- und gutorganisierte Arbeiterschaft diese Klassenherrschaft beseitigen kann. Unter solchen Umständen sind die Unruhen zwar verständlich, aber töricht.

Wie es den Anschein hat, beginnen jetzt die Zusammenstöße erheblich tiefer zu gehen. Die Polizei nimmt sogar an, daß z. B. die Zusammenstöße in Waltershausen, von denen hier noch die Rede sein wird, „von langer Hand vorbereitet worden sind", wobei für sie der Schuldige selbstverständlich die KPD ist. Ohne näheres zu wissen, wollen wir hier nichts darüber ausmachen, welche Annahmen stimmen — daß solche Verzweiflungstaten nur schaden, wollen wir aber festhalten.

Im übrigen erfahren wir über den Vorfall folgendes:

Zwischen der Polizei und Erwerbslosen kam es am Freitag nachmittag in Waltershausen, Landkreis Gotha, zu schweren Zusammenstößen. Die Erwerbslosen verweigerten am Donnerstag die Annahme der um 10 Prozent gekürzten Unterstützungssätze, worauf mit dem Bürgermeister Verhandlungen geführt wurden, über deren Ergebnis die Erwerbslosen in zwei Versammlungen unterrichtet werden sollten. Die Erwerbslosenführer forderten die Versammlungsteilnehmer zu Demonstrationen auf, um ihren Forderungen Nachdruck zu geben. Es bildeten sich zwei Demonstrationszüge. Als diese sich dem Rathaus näherten, ging ein starkes Polizeiaufgebot gegen die Erwerbslosen vor. Darauf wurden die Beamten mit Steinen beworfen und beschossen. Die Polizei verteidigte sich zunächst mit dem Gummiknüppel. Als sie in Bedrängnis geriet, machte sie von der Schußwaffe Gebrauch.

Wie von der thüringischen Polizeidirektion mitgeteilt wird, sind sieben Polizeibeamte durch Schüsse, Messerstiche und Steinwürfe zum Teil schwer verletzt worden. Von den Demonstranten wurden zwölf, fast ausnahmslos der KPD angehörige Personen, ebenfalls erheblich verletzt. Einer der Verwundeten, der kommunistische Fabrikarbeiter Oskar Kaufmann, ist in der Zwischenzeit seinen Verletzungen erlegen. Die übrigen Verletzten wurden in das Krankenhaus in Waltershausen eingeliefert.

Auf Anordnung der Polizei wurden sämtliche Gastwirtschaften der Stadt geschlossen. Bisher wurden 15 Personen, darunter drei Gothaer Kommunisten, festgenommen. Die Polizei ist gegen Mitternacht noch mit der Sicherung der Ordnung beschäftigt. Einzelne Gruppen von Erwerbslosen und Kommunisten haben sich in die umliegenden Waldungen zurückgezogen und geben von Zeit zu Zeit Lichtsignale. Es wird angenommen, daß die Unruhen von langer Hand vorbereitet worden sind.

AUS DEM INHALT:

Der Gehalt und das Gehalt.
Verhandeln, nicht auftrumpfen.
Die Reichsregierung und die Gewerkschaften.
Die II. Internationale „wird . . ."
Erfolgreicher Widerstand der Arbeiterschaft.
Menschen ohne Land — Land ohne Menschen.
Ankurbelung der Bauwirtschaft.

Neue Verfassung für Portugal.

Muster für Europa!

—tiel Lissabon, 18. Mai.

Vor wenigen Tagen hat der portugiesische Innenminister, Dr. Mario Pais De Sousa, die baldige Veröffentlichung des Textes der neuen Verfassung angekündigt und der Mitwelt zur Kostprobe einige Hauptgedanken des geplanten Gesetzes zur Kenntnis gegeben. Aehnlich den Bemühungen des Diktators Primo De Rivera in Spanien, die Diktatur in verfassungsmäßige Bahnen zu bringen, versucht Dr. Salazar, der Diktator Portugals, seine Regierungsmethode gesetzlich zu verankern. Die Rechtsgrundlage war bisher für die Diktatoren ein wunder Punkt und darum ist es verständlich, wenn sie den Wunsch haben, ihre Stellung durch eine Verfassung zu festigen.

Die neue Verfassung soll — wie der Innenminister gesteht — ihresgleichen in der Welt nicht haben. Er bezeichnet die Verfassung als ein außerordentliches Werk, das dem portugiesischen Denken zur Ehre gereicht. Welcher außergewöhnliche Gedanke kennzeichnet nun diese neue Verfassung?

Der Staatspräsident wird eine überragende Stellung im Staate haben. Er wird vom Volke direkt auf sieben Jahre gewählt und ist nur der Nation verantwortlich. Hier scheint das portugiesische Denken schon Schiffbruch gelitten zu haben, denn diese „Verantwortung vor der Nation" ist ebensowenig neu wie klar. Der auf demokratische Weise zur Macht gelangte Staatspräsident kann sich nach Belieben seine Regierung ernennen, die nur ihm verantwortlich ist und von keiner Instanz gestürzt werden kann, auch nicht von jener Körperschaft, die nach der Verfassung die Gesetzgebung als Aufgabe zugewiesen erhält. Diese Körperschaft, die den Namen „Nationalversammlung" haben soll, setzt sich zusammen aus den Gemeinndevertretern, aus Vertretern des Heeres und anderer ständischer Körperschaften. Für den Fall, daß Regierung und Parlament nicht einig werden, ergibt sich in der Praxis folgendes Verfahren: Wenn die Gesetzesvorlage vor dem prüfenden Auge des Staatsoberhauptes nicht Bestand hat, dann wird er die Regierung nach Hause schicken; wenn aber die Gesetzesvorlage eine Staatsnotwendigkeit darstellt, dann zögert der Präsident nicht, das Parlament zum Teufel zu jagen — alles verfassungsmäßig. Es braucht dann auch niemanden zu verwundern, wenn unter diesen Umständen, die in der Verfassung vorgesehenen Ausnnahmegerichte in Tätigkeit treten. Sollte sich also je ein halbwegs linkes Parlament zusammenfinden, so läßt sich mit absoluter Sicherheit ein Anlaß finden, dieses Parlament heimzuschicken. Dafür, daß ein national zuverlässiger Mann Staatspräsident wird, sorgt das Wahlsystem, und wenn alle Sicherungsmaßnahmen

„Ganze Kerls" in Braunschweig.

W. H. In Braunschweig gibt es einen jungen Mann, der den Kaufmannsberuf erlernt hat. Weil aber auch ihn die Arbeitslosigkeit bedrohte, bewarb er sich um Einstellung in die Schutzpolizei. Sein Gesuch wurde abgeschlagen. Der Winter kam, und der junge Mann lag auf der Straße.

Da schlug er an seine Brust, kaufte sich ein Mitgliedsbuch der Partei, der auch der Polizeiminister angehört, und bewarb sich abermals um Einstellung in die Schutzpolizei.

Inzwischen suchte des jungen Mannes Schwager, der Redakteur bei einer Zeitung ist, die der politischen Richtung des Polizeiministers Hilfsstellung gibt, alle maßgebenden Leute auf und redete ein paar passende Worte. — Als der Frühling ins Land kam, brachte er dem jungen Mann einen Einstellungsbefehl der Polizeischule.

Da gedachte der Redakteur des Bibelspruches, der im Redaktionszimmer hängt, und der von der einen Hand handelte, die die andere wäscht. Er nahm einen Tag Urlaub vom Chef, seine Camera um den Bauch, kletterte aufs Motorrad und fuhr über Land in die Polizeischule.

Am nächsten Tag erhielt die Zeitung („Braunschweigische Landeszeitung", Nr. 105) einen langen mit Bildern geschmückten Artikel über „Schupos Werdegang". Der Geist des Herrn Polizeiministers triumphiert.

Der kommandierende Hauptmann der Schule ist von diesem Geist durchdrungen: „Ich glaube der Herr Minister des Innern kann sich keinen besseren Offizier auf so verantwortungsvollem Platz wünschen." „Wer außer mir noch Gelegenheit hat, zu sehen, was . . . aus jenen Jungen geworden ist, die erst vor vierzehn Tagen eingekleidet wurden, wie sie . . . die Knochen zusammenreißen, wie sie stramm stehen, mit dem besten Vorsatz, es richtig zu machen, wie sie über die Eskaladierwand springen, in der Einzelausbildung langsamen Schritt üben, wie sie über den Platz fegen, hierher und dorthin, wie sie wieder ins Glied rücken, sich ausrichten und, in der Absicht, es ganz prima zu machen, zu Stein erstarren, das Kinn noch nicht richtig angezogen, eine Schulter aus der Front gedreht, oder das linke Ohr nicht in vorschriftsmäßiger Höhe — der wird nicht daran zweifeln, daß auch aus diesem vierzehnten Lehrgang ganze Kerls werden."

Der nächstältere Jahrgang ist schon einen Schritt weiter auf dem Weg zum „ganzen Kerl": „Kavalleristen, hier hätte Euer Herz gelacht, wenn Ihr dieses „Karabiner auf Schulter!" gesehen hättet. Ein Griff, genau so „zackig" wie der Griff mit dem Modell 98."

Die Schulung des Geistes bleibt hinter dem Griffekloppen nicht zurück. „Daran anschließend haben wir ganz schnell einen kleinen Ausflug in das Staatsrecht unternommen, das Versailler Diktat — das Wort „Vertrag" existiert hier nicht in diesem Zusammenhang — stand im Mittelpunkt dieser Stunde."

Es ist anzunehmen, daß auf diesem Weg „ganz schnell" der gewünschte Geist in die Schupo einzieht.

Heil Hitler!

Banknotenfälscher an der Arbeit

Kürzlich ist eine neue Nachbildung der Reichsbanknoten über 20 Reichsmark vom 11. Oktober 1924 festgestellt worden. Hauptkennzeichen dieser Fälschung sind:

Das Papier der im Buchdruck hergestellten Fälschung ist weicher, gering dicker als das echte und mehrfach geknifft, um den Nachbildungen ein verbrauchtes Aussehen zu geben. Die Pflanzenfasern sind durch aufgezeichnete rötliche Striche vorgetäuscht. Das Wasserzeichen ist auf der Vorderseite fälschlich mit „Reichsmark" statt „Reichsbank" durch Aufdruck nachgeahmt. Im Kontrollstempel fehlen hinter den Teilwörtern „Ausfertigung" und „Kontroll" die Teilstriche. Auf der Vorderseite ist das weibliche Bildnis mit altem Gesichtsausdruck und unsauberen Schraffierlinien in den Bildnisrahmen gesondert eingedruckt worden. Zwischen den Schriften und den Wortzahlen befinden sich viele mitgedruckte Unsauberkeiten, die zwischen den Wertzahlen auf dem Schaurande besonders auffallend zu sehen sind, so z. B. „Reich" an Stelle von „Reichs" im Worte Reichsbankdirektorium". Die Rückseite zeigt ein gröberes Gesamtbild mit zum Teil zerrissenen Linien des Musters. Die kleinen Wertzahlen 20 in den Eckrosetten sind in der Zeichnung ungleich ausgefallen. Die Ziffer „2" in der rechten unteren Ecke ist schief, die danebenstehende „0" nicht oval gerundet gezeichnet. Die beobachtete Notennummer ist Y 6 357 520 (veränderlich). Für die Aufdeckung der Falschmünzerwerkstatt, in der die beschriebenen Nachbildungen hergestellt werden, und dahinführende Angaben, hat die Reichsbank eine Belohnung bis zu 3000 RM ausgesetzt.

vergebens sein sollten, dann werden Heer und Polizei dafür sorgen, daß der richtige Mann die Geschäfte lenkt. Portugiesische Wahlen gehen nicht so, wie man dies in den östlicheren Ländern gewohnt ist. Der jetzige Staatspräsident hat sich ja auch wählen lassen, am 25. März 1928, und prompt hat ihm das „Volk“ das Vertrauen ausgesprochen.

Das Grundelement der neuen Gesellschaft soll das Familienoberhaupt sein. Sie wählen die Vorsteher der Kirchensprengel und diese die Gemeinderäte, welche wiederum die Provinzialräte zu wählen haben. Die Rechte dieser Körperschaften beschränken sich natürlich auf Aufgaben im eigenen Kreis.

Wo man die Familie als Grundlage der Nation in der Verfassung so eindringlich hervorhebt, da ist es nicht erstaunlich, daß die Kirche wohlwollende Duldung findet. Der Religionsunterricht in den Schulen wird erlaubt sein, denn „die Religion ist eine starke geistige Kraft, die von den Regierenden nicht verfolgt werden kann“. Zwar soll die Kirche vom Staat getrennt bleiben, aber nichtsdestoweniger sollen die Beziehungen zum „Heiligen Stuhl“ freundschaftlich sein. Es ist übrigens bekannt, daß trotz des heute noch gültigen Verbots verschiedenne Stützpunkte der Gesellschaft Jesu wieder errichtet worden sind. Eine spanische katholische Zeitung hat das offen ausgeplaudert.

Ein ganz neues Kapitel, das durch die portugiesischen „Denker“ in die Verfassung eingeführt wird, trägt die Ueberschrift: Die öffentliche Meinung. Zwar ist der Gedanke, daß die öffentliche Meinung gemacht wird, nicht ganz neu. Und außerdem haben die hierhergehörigen Bestimmungen in den Notverordnungen des deutschen Reichspräsidenten gewisse Vorläufer. In Portugal soll nämlich in Zukunft die Presse verpflichtet werden, kostenlos Artikel und Notizen in nationalem Interesse, in dessen Namen das Militär am 28. Mai 1926 die neue Bewegung eingeleitet hat — will heißen: die Diktatur errichtete — aufzunehmen. Ueber die Pressefreiheit hat sich der Minister noch nicht geäußert, aber da der Geist aus diesen wenigen Verfassungsbestimmungen eindeutig zu uns spricht, läßt sich ebenso eindeutig sagen, daß eine Pressefreiheit nicht bestehen wird. Das „nationale Interesse“ ist der Deckmantel für alle Maßnahmen der Regierung. Im Namen dieses nationalen Interesses werden weiterhin die Arbeiterzeitungen und Arbeiterparteien verboten bleiben. Dieses nationale Interesse verlangt merkwürdigerweise die Verelendung eines Teiles des Volkes zu Gunsten des anderen.

Das Militär wird seine bevorzugte Stellung durch die Verfassung nicht verlieren. Welches der größte Feind für die portugiesischen Machthaber ist, zeigt sich in diesen wenigen Worten des Innenministers:

„. . . heute, nach der Sowjetrevolution, wo der Wind bedrohlich von Osten her weht, sind die Völker, die sich retten wollen, genötigt, einen starken Staat zu errichten und ihn zu verteidigen.“

Den Geist des Aufruhrs fürchten die Machthaber des heutigen Portugals, denn sie wissen, daß der Funke, wenn er zündet in den einfachen Hirnen der Arbeiter und Bauern Portugals, wie ein Sturm die dünne Schicht der Ausbeuter hinwegfegen würde. Sie haben es erreicht, daß dieser Geist heute nur in wenigen Menschen lebt, denn die alten Kämpfer werden unter den sengenden Strahlen der Afrikasonne zermürbt und entkräftet. Die portugiesischen Kolonien in Afrika sind groß genug, um noch tausende unzufriedener „Elemente“ verschwinden zu lassen.

Wenn auch die Arbeiterklasse heute kaum in Erscheinung tritt, um gegen das zynische Machwerk der neuen Verfassung zu protestieren, so ist doch noch nicht sicher, daß die Machthaber ihr Ziel erreichen, denn innerhalb des Bürgertums und vor allem innerhalb des Heeres gibt es starke Gegensätze. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß diese Gegensätze zu bewaffneten Auseinandersetzungen führen. Freilich bedeutet ein Personenwechsel noch kein Ende der Diktatur. Vielleicht wird eine andere Regierung die Steuerschraube ein wenig lockern. Sie mag dadurch Sympathien gewinnnen. Dann aber fällt Portugal wieder in das alte Finanzelend, das es die Jahre nach dem Kriege ausgezeichnet hat. Den gordischen Knoten kann nur die Arbeiterschaft zerhauen.

Die Gehaltsfragen im Völkerbund.

Statt über den Gehalt reden sie über das Gehalt.

Der Antrag Englands auf Herabsetzung der Kosten des Völkerbundes, der bei allen unbefangenen Beurteilern dieses Arbeitskonsortiums wohl zunächst das Urteil ausgelöst hat: Endlich einmal ein vernünftiger Vorschlag! hat bei den Vertretern in Genf keine entsprechende Wirkung erzielt. Im Gegenteil: sie haben den ganzen Freitag in stundenlangen Aussprachen über diesen englischen Antrag hin- und hergeredet. Die „Telegraphen-Union“ rafft sich zu der Bemerkung auf, daß sich diese Frage immer mehr *zu einer grundlegenden und die gesamte Stellung des Völkerbundes berührenden Frage gestalte.*

Die Vertreter Deutschlands und Norwegens haben sich der englischen Auffassung angeschlossen, während PAUL BONCOUR sogar für Ausgabenerhöhungen eintrat, da bei jeder Zusammenkunft des Völkerbundes neue Aufgaben an ihn gestellt würden, die neue Kosten verursachten. Der Generalsekretär gab die Erklärung ab, daß er vor allen Dingen die Einschränkung der Beamtengehälter des Bundes ablehnte.

Die ganze Debatte hinterläßt einem einen bitteren Geschmack auf der Zunge. Wenn dieser Völkerbund auch nur in einer einzigen Friedensangelegenheit die Sprache, die ihm zukommt, gesprochen hätte, die Gehaltsfragen würden keine entscheidende Rolle spielen. Und zwar meinen wir das in dem Sinne, daß sie bei den Völkerbundsvertretern selber keine Rolle spielen würden, oder doch eine so unwichtige Rolle wie bei allen Menschen, die vor einer neuen, schweren und kaum lösbaren Aufgabe stehen und ihr ganzes Nachdenken, ihre Nerven und ihren Mut daran setzen müssen, dieser Aufgabe Herr zu werden. Solche Menschen haben weder Zeit noch Lust, die Fragen ihres Gehaltes in den Vordergrund zu rücken, und niemand würde sich den Kopf darüber zerbrechen, ob sie einen Hundertmarkschein mehr oder weniger einziehen.

Aber die Diplomaten in Genf sind leider weit davon entfernt, sich einen solchen Ruf in den Fragen ihrer materiellen Unabhängigkeit erworben zu haben. Die Erweiterung des Aufgabenkreises, auf den ihr Vorsitzender hingewiesen hat, löst vielmehr bei den Steuerzahlern, die dieses kostspielige Unternehmen finanzieren müssen, nur das Gefühl aus, daß damit den bisherigen unfruchtbaren Ansätzen nur neue, gleich unfruchtbare hinzugefügt werden.

Einstweilen ist denn auch diese Frage an einen Kontrollausschuß überwiesen worden, genau so wie die anderen Anträge, die in diesen Tagen zur Debatte standen, unter denen die an sich dringlichste der österreichische Hilferuf nach finanzieller Unterstützung ist. Es besteht keine Chance, wie offen zum Ausdruck kam, daß Oesterreich eine Anleihe bekommt, da keine der Mächte irgend eine Sicherung für das Geld sieht, das es Oesterreich geben würde. Man rechnet allgemein damit, daß Oesterreich infolgedessen ein Transfermoratorium beantragen wird, wonach es sich nicht mehr darauf einläßt, seine Verpflichtungen in fremder Valuta einzulösen.

Verhandlungen anstreben, statt „auftrumpfen“!

Im ungarischen Oberhaus erklärte Finanzminister Dr. KORANYI, daß die Auslandsschulden Ungarns 4 Milliarden Pengö (rund 2 Milliarden Mark) betragen. In diesem Zusammenhang kam der Minister auf die Vorschläge „entschiedener“ Leute zu sprechen, die Ungarn so reichlich hat wie Deutschland, wonach die ungarische Regierung einseitig ihre Zahlungsunfähigkeit erklären solle. Er führte aus: Die Frage der Auslandsschulden Ungarns könne nur auf dem Verhandlungswege mit den Auslandsgläubigern, nicht aber durch eine einseitige Erklärung gelöst werden. Ungarn sei nicht stark genug, der ganzen finanziellen Welt eine Kriegserklärung zu machen.

Wenn die deutschen Diplomaten in Lausanne sich der gleichen Besonnenheit befleißigen würden, so wäre für den Erfolg dieser Konferenz schon ein entscheidender Schritt gewonnen. Die außenpolitischen Reden, die BRÜNING in den vergangenen Wochen gehalten hat, geben in dieser Hinsicht wenig Hoffnung. Und doch sollte sich selbst der, der sich nicht aus *rechtlichen* Erwägungen entschließt, Verhandlungen anzubahnen, statt übernommene Verpflichtungen einfach abzulehnen, mit KORANYI sagen, daß sich das eigensinnige Auftrumpfen schon aus Gründen der *Klugheit* verbietet.

Die französischen Radikalsozialisten haben in ihrer Freitag-Sitzung beschlossen, die Einberufung des Vollzugsausschusses endgültig auf den 31. Mai festzusetzen. Da die Sozialisten bereits am 29. Mai ihre Landestagung abhalten, ist es sehr wohl möglich, daß HERRIOT bis zu diesem Zeitpunkt im Besitz der sogenannten Mindestforderungen ist, die LEON BLUM für eine Beteiligung seiner Partei an der Regierung stellt.

Kurz vor dem geplanten Prozeß des litauischen Kriegsgerichts gegen den Schulrat MEYER ist dieser aus dem Gefängnis entlassen worden und das Verfahren gegen ihn ist niedergeschlagen worden. Das Belastungsmaterial gegen MEYER hatte sich als durchaus unzureichend erwiesen.

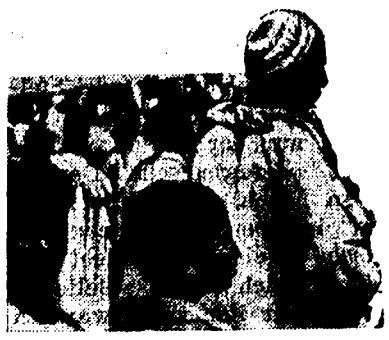
Das Kabinett Dollfuß.

r Wien, 20. Mai.

Trotz der verschiedenen Wendungen und Absagen ist es nun doch zur Bildung eines Kabinetts gekommen, an dem sich die Christlich-Sozialen, der Landbund und der Heimatblock beteiligen. Ob dieses Kabinett im Nationalrat eine Mehrheit haben wird, hängt von der Haltung des Steierischen Heimatschutzes ab, der erklärt hat, an der Kabinettsbildung nicht interessiert zu sein, so daß es noch nicht feststeht, ob sich der steierische Nationalratsabgeordnete des Heimatblocks, dessen Stimme den Ausschlag gibt, weiterhin der Bundesführung unterstellen wird oder nicht.

Die Ministerliste:

Aeußeres und Landwirtschaft: DOLLFUSS (Christl.-Soz.),
Vizekanzler: WINKLER (Landbund),
Finanzen: WEIDENHOFER (Christl.-Soz.),
Handel: JAKONCIZ (Vertrauensmann des Heimatblocks, kein Parlamentarier),
Justiz und Unterricht: RINTELEN (Christl.-Soz.),
Sozialverwaltung: RESCH (Christl.-Soz.),
Heer: VAUGOIN,
Inneres: BAGHINGER (Landbund),
Sicherheit: ACH (Beamter, kein Parlamentarier).



PORGY.

Ein Neger-Roman von *du Bose Heyward.*

(Deutsche Rechte: Th. Knaur, Nachfolger, Verlag, Berlin.)

(26. Fortsetzung.)

„Meinst du wirklich, daß sie wieder mit dem Nigger zusammengelaufen ist?“

„Die Sorte Mann hat nicht nötig, lang zu betteln!“ belehrte sie Maria. „So einer kann eine Frau durchpeitschen und auf die Straße werfen und braucht nur zu pfeifen, dann kommt sie wieder angekrochen und leckt ihm die Hand!“

„Wenn Bess vernünftig ist, wird sie aber bei Porgy bleiben.“

„Das weiß sie selbst, und sie liebt Porgy auch — wenn aber der Neger sie ruft, dann bleibt Porgy allein mit seinem Ziegenbock.“

Wie lodernde Flammen glühte es in Serenas Augen auf — der letzte Rest ihrer erworbenen Selbstgefälligkeit schien weggeschwemmt. Sie beugte sich vor und sagte finster:

„Der Nigger soll Gott danken, daß ich meinen Jesus gefunden, der meine Hände von der Rache zurückhält!“

„Du willst ihn doch nicht etwa an die Weißen verraten, wenn er in die Stadt kommt, statt selbst mit ihm abzurechnen?“ fragte Maria in ungläubigem Ton.

„Das weiß ich noch nicht!“ antwortete die andere, in deren Gesicht der Ausdruck wilden Hasses einer gewissen Bestürzung gewichen war. „Wenn der Nigger in die Stadt zurückkommt, wird er auf jeden Fall früher oder später umgebracht, und dann werden die Weißen mich sowieso einsperren, weil sie denken, daß ich als Robbins Witwe es getan habe, auch wenn ich unschuldig bin!“

„Der Nigger soll sich in acht nehmen!“ sagte die dicke Negerin abschließend. „Aber den Weißen einen von uns ausliefern — nein, das dürfen wir nicht!“

Ein Mann blieb vorm Eingang stehen und blickte in den Hof hinein. Wie er so unter dem Torbogen gegen den schimmernden Glanz der Bucht stand, wirkte er für die beiden Frauen nur als Silhouette — doch selbst die Umrisse der lässigen, schlanken Gestalt hatten etwas so Geckenhaftes, daß sie ihn unbedingt erkennen mußten.

Ein Lächeln genießerischer Vorfreude spielte um Marias breiten Mund, während sie sich die Hände an der Schürze abwischte.

„Ich bin, Gott sei Dank, noch nicht, wie du, Jesus mit Haut und Haaren verfallen!“ sagte sie zu Serena. „Ich bin noch Manns genug, einen krummen Nigger selbst zurechtzubiegen! . . . Siehst du das gelbe Scheusal, das sich da im Torweg in den Hüften wiegt? Das ist der Kerl, der Bess den Koks verkauft hat!“

Noch immer ihre Hände und nackten Unterarme mit unheilverkündeter Sorgfalt abtrocknend, ging sie nach ihrer Garküche hinüber. In dem Raum saßen um diese Zeit keine Gäste. Sie trat zum Herd, dessen vier Füße in einer Ecke auf Ziegelsteinen standen, beugte sich vor, stemmte ihre Schulter gegen ihn, hob ihn etwas an und zog einen Ziegel hervor. Dann richtete sie sich wieder auf, spuckte erst in die eine, dann in die andere Hand, und trat darauf, den Ziegelstein leicht und mit einer bedrohlichen Zärtlichkeit in ihrer riesigen Rechten wiegend, aus der Tür.

„Der Sportsmann“ stand jetzt im Torweg, das Profil nichtsahnend der Garküche zugewandt. Haargenau zielend, ließ Maria ihren Arm zurückschwingen und dann wie eine Klapperschlange nach vorn schnellen. Der Ziegel traf den Mulatten mit aller Wucht seitlich am Kopf — wie ein angeschossener Vogel sank er in seinen farbenfrohen Kleidern zusammen.

Nach geraumer Weile fing das Opfer an, schwach zu blinzeln — sein matter Blick traf Marias Gesicht, in dessen groben Zügen er den Ausdruck einer gewissen Güte zu entdecken glaubte, während sie ihm mit einem nassen Lappen das Blut abwischte. Beruhigt öffnete er die Augen ganz — da war alle Freundlichkeit aus ihrem Gesicht verschwunden. Ehe er sich versah, wurde er an den Schultern gepackt, hochgerissen und auf die noch unsicheren Beine gestellt. In rasender Eile war er dann auch schon zum Ausgang befördert.

Auf dem Pflaster draußen drehte Maria ihr Opfer so lange herum, bis sein fliehender Blick, wenn auch widerwillig, den ihren traf.

„Laß dich nicht wieder vor meinen Augen sehen!“ sagte sie furchtbar. „Du hast mich jetzt kennengelernt — das nächste Mal geht's dir noch übler, du verdammter, dreckiger Giftmischer! Ich will dich lehren, mit dem Zeug, das du da verkaufst, das Heim glücklicher Neger zu zerstören!“

Ihre Arme stießen vorwärts und rückwärts, unerbittlich wie die Kolben einer Lokomotive. Der Kopf des Mannes sank zur Seite und konnte sich nur mühsam wieder aufrichten.

„Es ist das letztemal, daß du lebend den Hof hier verlassen hast!“ fuhr sie fort. „So wahr ich eine Negerin bin — wenn du wieder, ob nüchtern oder betrunken, hierherkommst, reiß ich deinen Leib in Stücke und werfe jedes Glied einzeln hinaus!“

Mit einem Ruck drehte sie den unglücklichen Menschen um und stemmte ihren Fuß gegen die schmalste Stelle seines Rückens. Der Schwung, mit dem sie ihn dann vorwärtsschleuderte, ließ jede Muskel ihres gewaltigen Körpers spielen. Ein für allemal verschwand „Dr Sportsmann“ aus der Haifischgasse und aus dem Leben ihrer Bewohner.

V.

„In den nächsten Tagen wird's jenseits der Sandbank viele Fische geben!“ meinte eines Abends Jake zu einigen befreundeten Fischern.

Ein großer, bronzefarbener Neger, der gerade an der Takelage etwas in Ordnung brachte, hielt in seiner Arbeit inne und blickte aufs Meer hinaus

(Fortsetzung.)

Die große Beschäftigung / *Von Gabriel Chevalier.*

Wir drucken hiermit einen Absatz aus dem französischen Kriegsroman „La peur", „Angst" ab. Der Anlaß liegt auf der Hand.

Die Krankenschwester holte eine nach der andern herbei und so standen sie endlich alle um mich herum. Ihre Unterhaltungen begannen, und sie bestürmten mich mit Fragen. Sie fragten mich über den Krieg aus:

„Was haben Sie an der Front angefangen?"

„Nichts, was verdiente, berichtet zu werden, wenn Sie von Heldentaten hören wollen."

„Haben Sie sich tüchtig geschlagen?"

„Das kann ich nicht behaupten. Was nennen Sie eigentlich ‚sich schlagen'?"

„Sie waren doch im Schützengraben. . . . Haben Sie Deutsche totgemacht?"

„Nicht, daß ich wüßte."

„Aber haben Sie denn keine Deutschen vor sich gehabt?"

„Nein, nie."

„Wieso? Sie waren doch in der vordersten Linie?"

„Gewiß. Aber in der vordersten Linie stand mir niemals ein lebender Deutscher gegenüber. Da habe ich nur tote Deutsche gesehen. Die Arbeit war bereits getan. Ich meine auch, daß mir das lieber war. . . . Jedenfalls kann ich Ihnen nicht sagen, wie ich mich aufgeführt hätte, wenn ich einem großen wilden Preußen gegenübergestanden hätte, und wie das für die nationale Ehre ausgegangen wäre. . . . Es gibt Handlungen, die man besser nicht voraussieht, und die vorauszusehen auch keinen Zweck hat."

„Aber was haben Sie denn eigentlich im Felde getan?"

„Alles — und immer genau das, was man mir befohlen hat. Sehr viel Heldenhaftes ist nicht dabei gewesen, und ich glaube auch, daß keine der Aufgaben, die man mir gestellt hat, dem Feind sehr geschadet haben. Ich fürchte, daß ich den Platz, den ich hier einnehme, nicht so ganz verdiene und erst recht nicht die Sorgen, die Sie auf mich verwenden."

„Wie Sie nur reden! Antworten Sie uns doch lieber. Wir möchten wissen, was Sie getan haben."

„So? . . . Na schön! Ich bin Tag und Nacht marschiert, ohne zu wissen, wohin. Ich habe exerziert, Paraden mitgemacht, ich bin durch Schützengräben gegangen, habe Eisendraht und Sandsäcke geschleppt und Wache gestanden. Ich habe Hunger gehabt, ohne etwas zu essen zu haben. Ich hatte Durst, ohne etwas zu trinken zu haben. Ich war müde, ohne schlafen zu können, ich habe gefroren, ohne die Möglichkeit, mich zu wärmen, ich hatte Läuse, und konnte mich nicht kratzen. . . . Da wissen Sie's."

„Aber das ist doch nicht alles!"

„Doch, das ist alles. . . . Oder nein, Sie haben recht, das ist nichts. Aber ich will Ihnen sagen, was die wichtigste Beschäftigung im Kriege ist, die einzige, die etwas zuwege bringt: Ich hatte Angst."

Ich hatte etwas Häßliches und Niedriges gesagt. Entrüstet stießen die Schwestern einen Schrei aus und wandten sich ab; ich sah noch die Verachtung in ihren Gesichtern. Aus den Blicken, die sie sich zuwarfen, erriet ich ihre Gedanken: „Ein Feigling! Er ist kein Franzose!"

Eine von ihnen — sie war 21 Jahre alt, die Tochter eines Obersten, ein Mädchen, erfüllt von einfältiger Begeisterung, — fragte zudringlich: „Also, Sie sind wirklich ein Feigling, DARTEMONT?"

Ein fatales Wort, wenn es einem vor andern von einem sonst ganz netten Mädchen so einfach ins Gesicht gesagt wird. Seit die Welt besteht, haben sich Tausende und Tausende von Männern töten lassen, um dieses Wortes der Frauen willen. . . .

Aber es handelt sich nicht mehr darum, diesen Frauen mit einigen klingenden Lügen im Stil eines Kriegsberichterstatters oder eines Erzählers von kriegerischen Heldentaten zu imponieren. Es handelt sich um etwas ganz anderes: Es handelt sich um die Wahrheit, nicht nur um meine eigene, sondern um die Wahrheit, die uns alle angeht, auch sie, diese Frauen, und vor allem diejenigen, die noch draußen sind, die armen Teufel.

Ich brauchte Zeit, mir diese Wahrheit einzuprägen, diese Wahrheit, die unter dem Fluch der Schande steht. . . . Ich brauchte Zeit, sie anzunehmen. Ich antwortete daher langsam, indem ich das Mädchen ansah:

„Ja, ich bin ängstlich, Schwester, aber so ist der Durchschnitt. —"

„Sie wollen doch nicht sagen, daß die andern auch Angst haben . . . ?

„Doch."

„Es ist das erstemal, daß ich das höre, und ich glaube es auch nicht. Denn wenn man Angst hat, flieht man." NEGRE will mir plötzlich zu Hilfe eilen und sagt in seiner etwas gespreizten Manier:

„Derjenige, der flieht, hat gegenüber dem ruhmreichsten Leichnam den unschätzbaren Vorzug, daß er noch ausreißen kann."

Diese Hilfsaktion wirkte geradezu verheerend. Ich spürte, daß von diesem Augenblick an unsere Stellung völlig kompromittiert war. Ich fühlte, daß sich bei diesen Frauen einer jener kollektiven Zornausbrüche anbahnte, der mit jenem der Masse von 1914 vergleichbar war. Ich griff schnell ein:

„Beruhigen Sie sich doch. Man flieht nicht im Krieg, man kann nämlich nicht . . . ."

„Ach so, man kann nicht . . . Aber wenn man könnte?"

Sie sahen mich fest an. Nach einander streifte ich ihre Blicke.

„Wenn man könnte? . . . Jeder, der laufen kann, würde sich auf dem Staube machen."

Und dann brach NEGRE los:

„Alle, alle ohne Ausnahme! Franzosen, Deutsche, Oesterreicher, Belgier, Japaner, Türken, Afrikaner . . . alle . . . . Wenn man nur könnte! Wir wären davon, in alle Richtungen, in alle Länder . . . . In allen Sprachen würden wir es uns zurufen: ‚Schneller, nur vorwärts!' Alle, sage ich Ihnen, alle!"

Eine der Schwestern, die wie ein Gendarm zwischen unseren Betten aufgepflanzt war, wollte diesen Ausbruch eindämmen. Sie warf ein:

„Aber die Offiziere! Es hat doch Generäle gegeben, die an der Spitze ihrer Abteilung vorgegangen sind."

„Ja natürlich, das erzählt man sich so. Sie sind auch wohl mal marschiert, um der Verwegenheit willen, um prahlen zu können. Aber auch ohne nur eine Ahnung davon zu haben, wie wir, die Soldaten, eigentlich marschiert sind. Wer einmal die Maschinengewehre auf freiem Feld erlebt hat, führt seine Knochen nicht zum Pläsier vor diesen Maschinchen spazieren. . . . Sie können mir glauben, wenn die Herren Generäle bei den Sturmangriffen dabei wären, es würde nicht so leicht angegriffen werden. Aber statt dessen haben sie die Etappen entdeckt, die tapferen angriffslustigen alten Herren. Das ist ihre großartigste Erfindung!"

„Aber das ist ja alles entsetzlich", sagte die Schwester, die blaß und erregt geworden war.

Sie tat uns leid, und wir fanden es an der Zeit, die Unterhaltung nicht länger fortzusetzen. NEGRE lenkte ein:

„Stoßen Sie sich nicht daran, Schwester. Wir übertreiben ein bißchen. Wir haben alle tapfer unsere Pflicht getan. Jetzt ist es schon nicht mehr so schlimm, wo wir anfangen, gedeckte Schützengräben zu haben, mit allem Komfort. Nur für die Küche fehlt noch das Gas. Aber dafür haben wir das Gas für die Lungen. Wir haben fließendes Wasser an Regentagen und mit feurigen Sternen durchsetzte Federbetten in der Nacht. Und wenn der Proviant nicht ankommt, hat man einen Ersatz. Man tut sich an den Deutschen gütlich."

Die II. Internationale „wird . . . ".

Unter der bezeichnenden Ueberschrift: „Japan muß Frieden halten!" veröffentlicht der „Vorwärts" die Resolution der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, die am 20. Mai in Zürich ihre Sitzung beendet hat.

Der Auszug dieser Resolution, den der „Vorwärts" bringt, hat folgenden Wortlaut:

„Die Internationale stellt fest, daß die Nachgiebigkeit und die Mitschuld einer Anzahl Großmächte Japan die Möglichkeit geboten hat, sich den Verpflichtungen zu entziehen, die es durch seinen Beitritt zum Völkerbundspakt und zum Kriegsächtungspakt auf sich genommen hat. Die SAI fordert alle ihr angeschlossenen Parteien auf, auf ihre Regierung einen Druck auszuüben, damit die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen, einen Angreifer zur Achtung des Friedens zu zwingen, nicht länger mißachtet werden. Die SAI ist sich der Schwäche und der Mitschuld des größten Teils der in Genf vertretenen Regierungen bewußt und richtet daher an die organisierte Arbeiterklasse die Aufforderung, zu handeln. Ein Krieg Japans gegen die Sowjetunion fördert notwendigerweise die Gegenrevolution nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen Welt. Ein Angriff Japans auf Rußland kann einen **Weltkrieg heraufbeschwören. Die Arbeiter fordern:**

1. Sofortige und bedingungslose Räumung Schanghais und der Mandschurei durch die japanischen Streitkräfte;

2. falls Japan dies verweigern sollte, die Abberufung aller Gesandten und Botschafter aus Japan;

3. wenn nötig, die Anwendung von wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen, falls Japan nicht bereit ist, zu tun, was im Interesse des Weltfriedens geschehen muß.

Wenn Japan trotz alledem seine Angriffsvorbereitungen und Drohungen nicht einstellen sollte, so wird die SAI an den Internationalen Gewerkschaftsbund appellieren, um gemeinsam mit allen Mitteln sich der Herstellung und Verschiffung von Munition, Kriegsmaterial und Waren nach Japan zu widersetzen und alle Schiffe, die aus Japan eintreffen oder dorthin fahren, zu boykottieren. Die Arbeiter werden sich mit der Verteidigung der Sowjetunion solidarisch erklären, falls sie angegriffen wird. Sie werden das Attentat auf den Frieden anprangern. Sie werden jedem Uebergreifen des Krieges auf andere Länder entgegentreten, ebenso wie sie sich jedem Versuch widersetzen werden, andere Länder in den Krieg gegen Sowjetrußland einzubeziehen.

Falls Sowjetrußland gezwungen sein sollte, sich gegen einen Angriff zu verteidigen, rechnet die SAI darauf, daß alle ihr angeschlossenen Parteien, die ihre Tätigkeit innerhalb der Grenzen der Sowjetunion entfalten, sich nach den in der Berliner Resolution gegebenen Richtlinien verhalten und sich jeden separatistischen und aufrührerischen Handlungen widersetzen, die zur Lähmung der Verteidigung Sowjetrußlands gegen den japanischen Angriff führen müßten. Die SAI stellt überdies fest, daß die Verteidigung der Sowjetunion um so besser gesichert sein wird, je mehr die Politik der Sowjetregierung allen sozialistischen Kräften des Landes die aktive Teilnahme an der Verteidigung der russischen Revolution ermöglichen wird."

Das Dokument enthüllt klar die Tatsache, daß, wenn Japan nicht Frieden hält, die II. Internationale keine Gegenaktion vorbereitet haben wird, um die Organisationen der Arbeiterschaft für die Verhinderung eines Krieges einzusetzen.

Der ohnmächtige Appell, die angeschlossenen Parteien sollten einen Druck auf ihre eigenen Regierungen ausüben, daß diese die Räumung der Mandschurei und Schanghais erzwingen, daß sie im Weigerungsfalle ihre Gesandten aus Japan abberufen und wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen gegen Japan unternehmen, hat bei keiner der in Betracht kommenden Parteien einen ernsthaften Willen hinter sich. Ueberall finden sich diese Parteien in den bürgerlichen Staaten in der Verteidigung; sie setzen den jeweiligen Regierungen gegenüber nicht einmal ihre unmittelbarsten Interessen durch.

Der weitere Vorschlag der II. Internationale, ein gemeinsames Operieren mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund zur Verhinderung der Herstellung und Verschiffung von Munition, nennt freilich die entscheidende Waffe, die der organisierten Arbeiterschaft zur Verfügung steht, um einen energischen Gegenstoß gegen die imperialistischen Rüstungen zu führen. Aber er kann kein Vertrauen erwecken, da die Schritte, die dazu nötig wären, **längst fällig sind;** die Herstellung und Verschiffung von Munition ist längst im Gang.

Was soll nach all dem noch die Erklärung der Solidarität mit Sowjetrußland für den Fall, daß die Sowjetunion angegriffen wird? Diese Erklärung wird nicht einmal den Erfolg haben, — und es ist im Grunde zu begrüßen —, daß sich irgend ein Mitglied der II. Internationale der Illusion ergibt, diese Organisation hätte irgend welche Maßnahmen ergriffen, einen Angriff auf Rußland zurückzuschlagen.

Die Erwartung, daß die der II. Internationale angeschlossenen Parteien in Rußland sich für den Fall eines Verteidigungskrieges der Sowjetunion aller Quertreibereien enthalten, ist ein weitgehend überflüssiger Appell, da die Sowjetunion mit Störungen in einem solchen Fall der Gegenrevolutionäre selber fertig zu werden pflegt.

Das ganze Manifest, das deutlich den Charakter eines Verlegenheitsdokuments trägt, wird ergänzt durch einen Leitartikel des „Vorwärts", der die immerhin noch verhaltene Sprache der II. Internationale durch einen rohen Angriff auf die Sowjetunion ersetzt. „Der selbstmörderische Kurs der Komintern", das ist die Antwort der „Vorwärts"-Redaktion auf ihre Frage: „Wer hilft der Sowjetunion?" Der Artikel wiederholt in offener Feindseligkeit alle Vorwürfe, die die Sozialdemokratie gegenüber der Komintern auf dem Herzen hat, und macht damit den Ansatz, den die II. Internationale in ihrer Resolution noch unternommen hat, völlig eitel.

Die sozialdemokratischen Parteien können nach dem berühmten Muster aller verkalkten Institutionen nichts vergessen und nichts hinzu lernen. Ja ihr Dasein hindert die Arbeiterschaft nur daran, sich auf die *Selbsthilfe* zu besinnen.

Linker Friedenskongreß in Genf.

Auf Initiative von ROMAIN ROLLAND und HENRI BARBUSSE hat sich in Paris ein internationales Komitee gebildet, das sich zur Aufgabe gemacht hat, alle Frauen und Männer, Gruppen und Organisationen, die bereit sind, gegen die drohende Kriegsgefahr zu kämpfen, zu einem internationalen Kongreß zu vereinigen. Dem Komitee gehören u. a. an: MAXIM GORKI, HENRI BARBUSSE, UPTON SINCLAIR, Frau SUN YAT SEN, ROMAIN ROLLAND, THEODORE DREISER, ALBERT EINSTEIN, PAUL LANGEVIN, HEINRICH MANN, JOHN DOS PASSOS, F. MASAREEL, ELEONORE DESPARD (Irland), JEAN DEVANNY (Australien).

Das Komitee hat vorgesehen, zum 1. August 1932 einen Kongreß nach Genf einzuberufen. In dem Aufruf, der vom Büro des Komitees veröffentlicht wird, heißt es u. a.:

„Die Rüstungshaushalte steigen zu phantastischen Höhen, die Kriegsrüstungen aller Staaten gehen ins Ungemessene, es wächst die Produktion in den Betrieben der Rüstungs- und chemischen Industrie in Frankreich (SCHNEIDER, CREUZOT, RENAULT, KUHLMAN), im Ruhrgebiet, in der Tschechoslowakei (Skoda), in Rumänien und Polen und damit die Vorbereitung der Vernichtung ganzer Kontinente **mit den furchtbaren Mitteln des chemischen Luftkrieges.** Die unterzeichneten Frauen und Männer sind fest entschlossen, alles zu tun, um dieses Kriegsverbrechen zu verhindern, und sind tief überzeugt, daß kein frei denkender Mensch bei diesem drohenden Riesenkonflikt abseits stehen kann, sondern sich einreihen muß in die Front derjenigen, die bereits begonnen haben, den Kampf gegen den Krieg zu organisieren und zu führen. Wir rufen alle Frauen und Männer ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu politischen oder gewerkschaftlichen Organisationen und alle proletarischen, kulturpolitischen und sozialpolitischen Organisationen, überhaupt alle Vereinigungen ohne Rücksicht auf ihre sonstige politische Stellungnahme auf, sich zu einem großen internationalen Kampfkongreß gegen den Krieg zu vereinigen. Wir rufen alle Frauen und Männer, die guten Willens sind, auf, sich an diesem Kongreß, der am 1. August 1932 in Genf stattfindet, zu beteiligen und diesen Kongreß zu einer gewaltigen internationalen Demonstration gegen die Kriegsverbrecher und ihre Werkzeuge zu gestalten. Laßt uns in einer mächtigen Woge alle Menschen zusammenfassen, die ein zweites Mal — und in welch furchtbaren Hekatomben — betrogen und geopfert werden sollen!"

*

Die Anhäufung so gewaltiger moralischer Kräfte, wie sie in diesem Initiativ-Komitee vor sich gegangen ist, bedeutet fraglos einen guten Schritt gegen den Krieg. Aber eben doch nur einen Schritt. Dieses Komitee muß die organisierte Arbeiterbewegung mit auf seinen Weg nehmen. Nur wenn deren revolutionäre Kräfte mit einbezogen werden in dem Kampf gegen die Kriegsverbrecher, dann kann ein solches Komitee Segen stiften. Im anderen Fall bleibt es ein bloßer Protestverein.

Prozeß Felseneck.

Die Angeklagten sind vernommen.

Im Schwurgericht beim Landgericht III, das sich mit dem Ueberfall auf die Kolonie Felseneck beschäftigt, wurde am Freitag nach einer Verhandlungsdauer von einem Monat die Vernehmung der 24 Angeklagten beendet. Das Gericht wird nun in die Beweisaufnahme eintreten und hat für den kommenden Montag die ersten Zeugen geladen.

Der ursprünglich von der Regierung vorgesehene Termin für die Neuwahlen zum hessischen Landtag am 3. Juli ist nun doch vorverlegt worden. Wie bekannt wird, ist der 19. Juni endgültig als Wahltag bestimmt worden.

Erfolgreicher Widerstand der Arbeiterschaft.

Die ersten Erfolge des Streiks in den Wurstfabriken.

Im Lohnstreit mit den Berliner Wurstfabriken fällte der Schlichtungsausschuß am 19. Mai einen Schiedsspruch, der 15 Prozent Lohnabbau vorsieht. Darauf beschlossen die Arbeiter am Donnerstag, sofort in den Streik zu treten.

Die geschlossene Haltung der Streikenden hat zu einem Abbröckeln der Unternehmerfront geführt. 7 Firmen mit rund 200 Beschäftigten haben die Forderungen der Streikenden bewilligt. Die bestehenden Löhne werden bis zum 31. Oktober 1932 ungekürzt weitergezahlt. Die Bestimmungen des Manteltarifvertrages bleiben bis zum 31. Mai 1933 in Geltung.

Das abgelaufene Ultimatum bei den graphischen Hilfsarbeitern.

Das Ultimatum der Buchdruckereibesitzer an die graphischen Hilfsarbeiter — daß sie sich bis Donnerstag abend mit einem 12%igen Lohnabbau einverstanden erklären sollten — ist abgelaufen ohne daß die Unternehmer die angedrohte Kündigung sämtlicher Arbeiter durchgeführt haben.

Hoffentlich gelingt es den graphischen Hilfsarbeitern wenigstens ihren Tarif zu verlängern!

Lohnabbauvereinbarung

bei den ehemals revolutionären Rohrlegern kampflos angenommen.

Wie bekannt, hat die Spaltung der Gewerkschaften in Deutschland bei den Berliner Rohrlegern ihren Anfang genommen. Diese Branche mit damals etwa 6000 Mitgliedern war vollständig von Kommunisten beherrscht und wählte den aus dem DMV ausgeschlossenen Kommunisten NIEDERKIRCHNER als ihren Branchenleiter wieder, womit die ganze Branche sich außerhalb des Metallarbeiterverbandes stellte. Seitdem soll der DMV die Hälfte dieser Branche zurückgewonnen haben.

Der Arbeitgeberverband der Zentralheizungsindustrie und der gesundheitstechnischen Betriebe in Berlin war zum Abschluß eines neuen Lohn- und Manteltarifvertrages bis zum 31. März 1933 nur bereit, wenn die Löhne der Rohrleger von 1,35 auf 1,16 Mark gesenkt werden, die Löhne der Helfer von 1,12 Mark auf 97 Pf., die Löhne der Junggesellen, in der Ausbildung begriffenen Rohrleger u. s. w. im gleichen Prozentverhältnis und die Landzulage von 5,50 auf 4,50 Mark.

Die Urlaubsentschädigung soll entsprechend der Kurzarbeit im vorigen Jahre ebenfalls gekürzt werden.

Die Klempner- und Installateur-Innung, die aus der Tarifgemeinschaft mit de mArbeitgeberverband der Zentralheizungsindustrie ausgetreten ist, um ihre eigene Lohnpolitik zu treiben, hat sogar ihre Mitglieder angewiesen, den bei ihnen beschäftigten Rohrlegern und Bauklempnern nur noch einen Stundenlohn von 1,03 RM, den Helfern von 83 Pf. zu zahlen.

In der Branchenversammlung am Donnerstag wurde das Angebot des Arbeitgeberverbandes der Zentralheizungsindustrie angenommen. Der DMV hofft, sich durch diese Zustimmung die Möglichkeit geschaffen zu haben, die Klempner-Innung entweder durch neue Verhandlungen oder durch die Niederlegung der Arbeit zur Zurücknahme ihrer willkürlichen Lohnherabsetzung und zum Abschluß einer gleichen Vereinbarung zu zwingen. Worin dieser Zwang bestehen soll, ist allerdings unerfindlich. Gerade das schnelle Einwilligen des DMV in das Angebot der Unternehmer wird die Klempner-Innung ermutigen, auf ihrem Abbau zu bestehen.

Die Arbeitnehmer haben den unlängst für das rheinische Baugewerbe gefällten Schiedsspruch, der für den Maurer in Lohnklasse I einen Stundenlohn von 92 Pf. und für den Tiefbauarbeiter einen solchen von 66 Pf. vorsah, abgelehnt. Die Arbeitgeber haben den Spruch angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beantragt. Die Verhandlungen hierüber finden Anfang nächster Woche im Reichsarbeitsministerium statt.

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Montag, den 23. Mai.

Berlin:
15.20 Arbeitslosenhilfe. Dr. MUTHESIUS: Möglichkeiten und Arten der Hilfe.
21.10 Sinfoniekonzert.

Hamburg:
11.30 Schloßkonzert Hannover (Orchester des Deutschen Musiker-Verbandes).

Königswusterhausen:
22.20 Dr. Jos. RAEUSCHER: Politische Zeitungsschau.

Mühlacker:
18.25 Prof. Dr. WEHRLE: Die Industrialisierung Südamerikas und die deutschen Exportaussichten.

Frankfurt:
15.20 ELSE ASSHOFF: Die Frau des neuen Indien.

München:
19.35 „Die Entführung aus dem Serail" (Oper von MOZART).

Moskau (Wellenlänge 1304 u. 1481 m):
20.00 Wie erholt sich die Sowjet-Jugend und wie verbringt sie ihre Freizeit?

Dienstag, den 24. Mai.

Königsberg:
21.15 BEETHOVENS Klavierkonzerte.

Königswusterhausen:
19.35 M. MUELLER-JABUSCH: Weltpolitische Stunde.
20.50 Deutschlands Schicksalsjahr. Dr. E. SCHIFFER: Der demokratische Staat in der Krise.

Langenberg:
19.30 Wirtschaftspolitische Umschau. Dr. SCHLUENZ: Die Agrarfrage und die Verbrauchergenossenschaften.

Mühlacker:
16.30 Frauenstunde. Frau Dr. REICHERT: Die Frau als Leserin der Tageszeitung.
18.50 Geh. Rat Prof. Dr. SCHULTZE VON GRAEVENITZ: Die Stellung Amerikas in der Weltkrisis der Gegenwart. (Vgl. dazu: „Was lehrt uns die USA.-Krise?" im „Funken", Nr. 86, v. 13. 4.)

Neue Lohnabbaumethode.

Der Verlust wird geteilt. — Und der Gewinn?

Die Silberfabrik in Voorscholen (Holland) kündigte durch Anschlag folgende Lohn-„Regelung" an:

Vom bisherigen Lohn oder Gehalt werden 50 Prozent sofort ausgezahlt. Die Auszahlung des Restes erfolgt je nach der Menge Silber, die in dem betreffenden Monat von der Gesellschaft verkauft wird.

Also Abschiebung des Unternehmer-Risikos auf die Arbeiter, ohne daß diese einen Einfluß auf die Kalkulations- und sonstigen Geschäftsmethoden haben oder eine Kontrollmöglichkeit besitzen.

Rückgang der Erwerbslosigkeit in Holland?

Nach Angabe des Reichsdienstes der Erwerbslosigkeitsversicherung in Holland ist die Arbeitslosigkeit von 23,4 Proz. in der letzten Februarwoche auf 21,6 Prozent Ende März und 21,3 Prozent Anfang April zurückgegangen.

Im Monatsdurchschnitt waren im Februar 27,6 Prozent der Versicherten arbeitslos, gegen 18,7 Prozent im Februar 1931.

Diese Ziffern geben allerdings nur ein annäherndes Bild der holländischen Arbeitslosigkeit, da nur ein Teil der Arbeiter der Versicherung angehört und daher noch eine „inoffizielle" Arbeitslosigkeit besteht.

Landarbeiterlöhne in Polen.

O. W. Als interessante Ergänzung zu unserem Aufsatz „Die Lage des polnischen Proletariats" („Der Funke" Nr. 70) sendet uns ein polnischer Genosse folgende vom Vorsitzenden des Polnischen Landarbeiter-Verbandes im „Robotnik" („Arbeiter") veröffentlichte Lohntabelle, die von einer besonderen staatlichen Kommission für die Landarbeiter aufgestellt worden ist.

Ein Landarbeiter erhält jährlich:

in Gruppe I: 160 Zloty (71—75 M.) und 15 Zentner Weizen
in Gruppe II: 140 Zloty (63 M.) und 15 Zentner Weizen
in Gruppe III: 130 Zloty (59 M.) und 15 Zentner Weizen

Außerdem erhält jeder Landarbeiter 30 ar (3000 qm) Feld als Deputatland und 15 Zentner Kartoffeln, dazu die Wohnung. Rechnet man die Naturalien in Geld um, so verdient der am besten bezahlte Arbeiter der I. Gruppe nicht mehr als 600 Zloty (280 Mark) jährlich!

Die Deutsche Friedensgesellschaft bittet uns, mitzuteilen:

Deutsche Friedensgesellschaft: Dienstag, 24. Mai, 20.30 Uhr, in Kliems Festsälen, Hasenheide 13/14: Mitgliederversammlung mit Gästen. Herr LIANG-ZUNG CHANG spricht über: „Die Ursachen des sog. mandschurischen Konfliktes und seine weltpolitische Bedeutung".

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke" vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

.....
Name Ort

.....
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5919. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken"! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken"!

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften
bei billigster Preisberechnung druckt
A. Janiszewski
Buchdruckerei und Verlag, GmbH
Berlin SO36, Elisabethufer 29, Fernruf Sammelnummer F1 Moritzplatz 5471

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2
Butter Käse, Eier Landbrot

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig. d. Inserates 5% Rabatt!

WAHN EUROPA 1934
Schöner Ganzleinenband. Preis M. 4,80
(oder 8 Wochenraten zu M. 0.60)
A. H. Timmermann / Hamburg 24
Barcastr. 8. Postscheck: Hamburg 831 67

Die feste und unerschütterliche Grundlage für den Kampf ums Recht, die ihn davor bewahrt, in eine bloße Jagd nach Vorteil u. Macht zu entarten, bildet die Ethik. LEONARD NELSON weist das nach in seinem Werk:

System der philosophischen Ethik und Pädagogik.

569 Seiten. / Broschiert 15,— M. / Ganzleinen 17,— M.

„Mag es angesichts der Not der Zeit geboten sein, die politische Arbeit vor der öffentlichen Rechenschaft über ihre wissenschaftlichen Voraussetzungen in Angriff zu nehmen, so bedeutet das doch nur ein Aufschieben, aber nicht eine Preisgabe dieser Rechenschaft. ... In der Tat: Rechtslehre und Politik vermögen erst durch die Ethik und Pädagogik praktisch zu werden. Ein uralter Anspruch der Weisheitslehre, der nie dringender war als in unseren Tagen, in denen die Politik eine so machtvolle und dabei so verwirrende Sprache führt!" Aus dem Vorwort.

„Von echt wissenschaftlichem Wahrheitsdrange durchpulst und mit gewuchtiger Schönheit ausgestattet, ist NELSONs Werk den allerbesten Veröffentlichungen des Jahrhunderts zuzuzählen." „Die Quelle", Wien, 2. Folge, 1932.

Ratenzahlungen gestattet. / Postscheckkto. Berlin Nr. 313 42.

Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstraße 8a

Apfelsaft
naturrein und ungegoren,
hervorragend zur Frühjahrskur,
bestes Tafelgetränk
10 Flaschen RM 5,40
Versand per Bahn
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

Robert Peppmüller
Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

iSK
Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Erscheint in:
Deutsch, Englisch und Esperanto
Internationale Verlags-Anstalt G. m. b. H.
Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Gegner der Einheitsfront.

In Groß-Zimmern, einem Arbeiterdorf in der Nähe von Frankfurt a. M. hatte das Gewerkschaftskartell beschlossen, zum 1. Mai eine gemeinsame Demonstration der Gewerkschaften, der KPD, der SPD und der „reformistischen Vereine" (so schreibt die kommunistische „Arbeiterzeitung", gemeint sind wahrscheinlich Sport- und Freidenkerorganisationen) durchzuführen. Dieser Plan kam auch zur Ausführung. Redner war ein sozialdemokratischer Regierungsrat. — Das Gewerkschaftskartell in Groß-Zimmern steht unter dem Einfluß der KP und RGO. Der sozialdemokratische Redner war bestellt worden auf Grund eines vor Jahren gefaßten Beschlusses, nach dem bei Maifeiern abwechselnd ein Vertreter der KP und der SP sprechen sollten.

Ist das nicht ein Fortschritt? Die „Arbeiterzeitung" bezweifelt dies in ihrer „Ecke der Selbstkritik". Nur in einem Punkt stimmen wir mit dem Ergebnis der „Selbstkritik" überein: „Die rote Einheitsfront bedeutet nicht, an einem Tage einfach eine gemeinsame Demonstration durchzuführen." Im Gegensatz zu den Kommunisten meinen wir aber, daß solche gemeinsame Unternehmungen auf *möglichst viele Tage* im Jahr ausgedehnt werden sollten, während den Kommunisten schon der *eine* Tag zuviel war: „Ein schwerer Fehler"; „Der Leiter des Ortskartells, DIETRICH, Betriebsratsvorsitzender bei MESSEL, wurde wegen seiner opportunistischen Einstellung in der Betriebsarbeit und seinem parteischädigenden Verhalten aus der Partei ausgeschlossen."

Die „Arbeiterzeitung" meint nämlich: „Jede Koalition mit den Führern der SPD zerstört in den Massen den Glauben an die eigene Kraft . . . und hindert den Uebergang unserer sozialdemokratischen Klassengenossen ins Lager des revolutionären Klassenkampfes." Die Kommunisten sollten allmählich gemerkt haben, daß sie mit ihrer Politik das Vertrauen der Arbeiterschaft immer mehr verlieren (siehe Wahlergebnisse), während es andererseits eine Geringschätzung der Arbeiterschaft ist, wenn man behauptet, die revolutionären Kräfte gingen verloren, wenn man zur Verwirklichung von *Teilforderungen* mit allen denen zusammengeht, die, so reformistisch sie sonst auch sein mögen, wenigstens an der Verwirklichung dieser Teilforderungen mithelfen können. Wenn es mit den revolutionären Kräften so schlecht bestellt ist, daß sie schon durch das Anhören einer sozialdemokratischen Rede verloren gehen, dann fragt man sich mit Recht, ob dies der ganze Erfolg jahrzehntelanger kommunistischer Arbeit ist.

Wie dem auch sei. Wenn die Kommunisten gegen eine Einheitsfront sind, in der die parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten zurückgestellt werden, um erst einmal Teilforderungen zu verwirklichen, dann sollen sie das auch sagen und nicht Verwirrung stiften durch die Behauptung, sie seien für die rote Einheitsfront. Die „rote Einheitsfront" soll die „sozialdemokratischen, christlichen, parteilosen und nationalsozialistischen Arbeiter" mit umfassen, aber die Kommunisten sollen „durch ihre größere Klarheit und Erkenntnis, durch die Tat die Führung erkämpfen". Wer eine solche Politik als Einheitsfront bezeichnet, betreibt nur eine grobe Massenverwirrung. Denn in Wahrheit bedeutet diese Politik doch nur: Kümmert euch nicht um andere Organisationen, sondern tut nur das, was die KP will.

Es bleibt also dabei, daß die Kommunisten sagen: Schafft die Einheitsfront, indem ihr alle zur KP kommt, während die Sozialdemokraten sagen: schafft die Einheitsfront, indem ihr alle zur SP kommt.

Daß man so nicht zur Einheitsfront kommt, wird den Massen selber klar, und wenn man mit den Versuchen der Massenverwirrung nicht bald aufhört, geht das Vertrauen zum Klassenkampf ebenso schnell verloren wie das Vertrauen zur kommunistischen „Selbstkritik".

Quittung

über Spenden für den Pressefonds.

A. B. in K. 5 M; S. F. in K. 10 M; L. in K. 4 M; H. W. in K. 35 M; H. K. in K. 9 M; W. F. in K. 95 M; K. S. in K. 78 M; L. O. in K. 3 M; A. P. in M. 10 M; W. B. in H. 2 M; J. S. in B. 6 M; E. D. in B. 5 M; R. L. in B. 45,40 M; M. H. in B. 40 M; K. S. in B. 10 M; J. P. in B. 30 M; H. in Kr. 2,10 M.

Wir danken allen Spendern herzlich. Weitere Spenden sind sehr erwünscht; Werbemarken (Briefverschlußmarken) zu 10, 20 und 50 Pf. können von uns abgefordert werden.

Die Reichsregierung und die Gewerkschaften.

Wir berichteten bereits über die drohenden erneuten Abbaupläne der Reichsregierung. Zu diesen Plänen nimmt am Freitag der Vorstand des ADGB Stellung, indem er unter anderem schreibt:

„Bei allen Besprechungen mit der Regierung, so auch in der letzten, haben sich die Gewerkschaften gegen alle Abbaupläne eingesetzt. Arbeitsbeschaffung forderten sie als einzigen Weg, um über den gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Notstand des Landes hinwegzukommen. Sie verwahrten sich insonderheit gegen eine etwa beabsichtigte Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes im Arbeitsbeschaffungsplane. Damit könne kaum eine psychologische Wirkung auf die Beteiligten erzielt werden. Es komme aber darauf an, durch die Arbeitsbeschaffung vorwiegend auch die Wirtschaft selbst zu beleben. Das könne nur geschehen, wenn grundsätzlich für die Arbeiten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes die tariflich vereinbarten Löhne und Arbeitsbedingungen Geltung erhalten.

Die Gewerkschaften forderten, daß die Prämienanleihe schnellstens aufgelegt und mit der Arbeitsbeschaffung begonnen werde. Einmütig war die gewerkschaftliche Stellungnahme auch in der Ablehnung der etwa beabsichtigten Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung.

Wenn, wie heute in der Presse berichtet wird, die Reichsregierung plant, die Unterstützung in der Arbeitslosenversicherung von 20 auf 13 Wochen zu verkürzen und die Unterstützungsleistungen sowohl in der Versicherung, wie in der Krisenfürsorge herabzusetzen,

so muß sie sich darüber klar sein, daß sie sich damit in scharfen Gegensatz zu den deutschen Gewerkschaften stellt."

*

Am wenigsten befriedigend wirkt an dieser Verlautbarung daß die Reichsregierung sich darüber klar sein müsse, daß sie sich in scharfen Gegensatz zu den Gewerkschaften stelle. Das weiß die Reichsregierung wohl — aber sie weiß leider ebenso wohl, daß dieser scharfe Gegensatz bisher nicht dazu geführt hat, Herrn BRÜNING den Kampf anzusagen. Die Regierung müßte also wissen, daß die Gewerkschaften sie ins Pfefferland schicken würde, wenn sie ihre Absicht durchführte, — das würde Herrn BRÜNING mehr zum Nachdenken anreizen! Aber so sagt er sich wohl nur: Hunde, die viel bellen, beißen nicht!

Devaheim-Geschäftsmethoden.

Pastor CREMER weiß nicht, daß er Provision bekommen hat. — Kredite ohne Deckung. — Wer darf über 1,5 Millionen Mark verfügen?

h **Berlin**, 20. Mai.

Bei der Erörterung der fingierten Sparverträge im Devaheim-Prozeß stellte sich heraus, daß Pastor CREMER für seine Tochter, die Leiterin eines Kinderheims ist, einen Sparvertrag über 100 000 Mark abgeschlossen hatte, um seine Tochter die Möglichkeit zu geben, sich selbständig zu machen. Für diesen Vertrag hat er von der Deuzag eine Provision von 3500 Mark erhalten. CREMER behauptet, daß er von der Zuteilung dieser Provision keine Kennnis gehabt habe (!); sonst hätte er sie zurückgewiesen.

Der angeklagte Kaufmann CLAUSSEN gibt an, daß er auf Veranlassung des Rechtsanwalts WRONKER (Flatow) in die Verteilungsstelle der Auslandsanleihe der Inneren Mission gekommen sei, weil WRONKER Bedenken in bezug auf die Verwaltungsmethoden gehabt habe. Er (CLAUSSEN) habe kurz danach festgestellt, daß der Buchhalter der Hilfskasse der Wohlfahrtsverbände auf Anweisung von Pastor CREMER Unterlagen entfernt habe, aus denen die unrechtmäßige Verteilung von Spargeldern hervorgegangen sei. In einem Versteck habe er die Unterlagen gefunden; aus diesen sei hervorgegangen, daß der Devaheim bereits Ende 1927 Kredite ohne Sicherheit gegeben worden seien, zu einer Zeit, in der die Devaheim nach seiner Ansicht bereits konkursreif gewesen sei.

Wie leichtsinnig in diesem Unternehmen gewirtschaftet wurde, geht daraus hervor, daß niemand weiß, wer eigentlich über die Gelder zu verfügen hatte. So ist aus der amerikanischen Anleihe, die den notleidenden evangelischen, katholischen und jüdischen Wohlfahrtsanstalten zugute kommen sollte, an die Mülheimer Baugenossenschaft ein Kredit von 1,5 Millionen Mark gegeben worden. Das Gericht versuchte zu klären, wer der Hilfskasse, die die Anleihe treuhänderisch verwaltete, die Anweisung zur Auszahlung dieser 1,5 Millionen Mark gegeben hat. Während von Generaldirektor JEPPEL CLAUSSEN als derjenige bezeichnet wird, der die Anweisung gegeben hat, sagt CLAUSSEN, daß der Verteilungsausschuß hierfür zuständig gewesen sei. Pastor CREMER kann überhaupt keine Angaben darüber machen, wer eigentlich berechtigt war, Anweisungen zu Auszahlungen zu geben.

*

Im übrigen wurde am Freitag die Vernehmung der sieben Angeklagten abgeschlossen, so daß das Gericht nun in die Beweisaufnahme und Zeugenvernehmung eintreten kann. Der nächste Verhandlungstag ist auf Dienstag nächster Woche anberaumt.

Der Völkerbundsrat nahm am Donnerstag einstimmig eine Entschließung zu dem Streitfall Danzig—Polen an, die ihm von dem dafür eingesetzten Sachverständigenausschuß vorgelegt worden war. In dieser Entschließung wird der Danziger Völkerbundskommissar beauftragt, unter Hinzuziehung von Sachverständigen in kürzester Frist eine endgültige Entscheidung über die Regelung des Handelsverkehrs zwischen Danzig und Polen zu erstreben. Polen zieht seine Beschwerde gegen die erste für Danzig günstige Entscheidung des Danziger Völkerbundskommissars über den Danziger Veredelungsverkehr nach Polen zurück bis zu der Entscheidung des Danziger Völkerbundskommissars und verpflichtet sich, das bereits in Kraft gesetzte polnische Finanzstrafgesetz, das den Danziger Handelsverkehr nach Polen völlig lahmlegt, nicht mehr anzuwenden.

BREMEN

Oeffentliche Protest-Versammlung gegen

das Verbot des Verbandes proletarischer Freidenker.

Dienstag, den 24. Mai (20 Uhr), im gr. Saal des Museums (Domshof).

Thema:

„Christliche Kultur und Freidenker-Verbot."

Redner: Genosse Wilhelm Heidorn, Bremen.

Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

Deutscher Freidenker-Verband e. V. Ortsgruppe Bremen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Mitte: Montag, 23. Mai, 20 Uhr, im „Hackeschen Hof", Rosenthaler Str. 40 (Nähe Bahnhof Börse). Thema: Der erste Streich gegen die Freidenker-Bewegung.

Bremen: Mittwoch, den 25. Mai, um 20.15 Uhr, im Verbandshaus der Buchdrucker, Am Wall 82 I. Thema: BRÜNING, HITLER und die Generäle! Wo stehen die Klassenfronten?

Hannover: Mittwoch, den 25. Mai, 20.15 Uhr, in der Saalwirtschaft Garten-Allee 1: Thema: Der Vormarsch der Kulturreaktion.

Kassel: Dienstag, den 24. Mai, 20.15 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Thema: Der Streik als gewerkschaftliches Kampfmittel. Redner: Genosse KARL ECKERLIN.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Die Notwendigkeit des Charakters*).

Von Leonard Nelson.

Die Möglichkeit der Selbstdisziplin.

Wir brauchen nur vorauszusetzen, daß es eine Aufgabe der Erziehung gibt, nämlich die Aufgabe, Menschen zum an sich Guten zu führen. Denn dann erhebt sich die Frage nach den Maßnahmen, die zur Lösung einer solchen Aufgabe notwendig sind, die also der Entwicklung des Menschen zum an sich Guten, insbesondere zur Pflichterfüllung, dienen. Diese Entwicklung hängt, wie die Ethik gezeigt hat, von der Stiftung der sittlichen Bereitschaft ab, d. h. der Bereitschaft, die Pflicht unter allen Umständen, gegebenenfalls auf Kosten der überwiegenden Neigung, zu erfüllen.

Für den Erzieher ergibt sich damit die Aufgabe, in den zu erziehenden Menschen diese Bereitschaft hervorzubringen. Ja wir könnten die Aufgabe der Erziehung geradezu dahin bestimmen, daß sie keine andere sei als die, in dem Menschen die sittliche Bereitschaft zu erzeugen.

Die Lösung dieser Aufgabe hängt ab von der Lösung einer allgemeinen Frage, nämlich der, wie es überhaupt möglich ist, einer überwiegenden Neigung entgegenzuhandeln. Das hiermit bezeichnete Problem entspringt daraus, daß dem Begriff der Natur zufolge der überwiegende Antrieb notwendig den Entschluß bestimmt, daß es also unmöglich ist, dem überwiegenden Antrieb entgegenzuhandeln. Das objektiv notwendige, nämlich nach einem praktischen Gesetz vorgeschriebene Verhalten ist in der Natur nur möglich unter der Voraussetzung, daß es gegebenenfalls gelingt, einer vorherrschenden subjektiven Neigung entgegenzuhandeln. Da der Begriff der Pflicht nur für das vernünftige Wesen in der Natur Anwendung findet, so müssen wir andererseits voraussetzen, daß in der Natur Pflichterfüllung möglich ist, d. h. daß es allemal möglich ist, diejenige Handlung, die nach einem praktischen Gesetz notwendig ist, zum Gegenstand des der Stärke nach überwiegenden Antriebes zu machen. Da es aber ferner von Natur aus zufällig ist, ob der überwiegende Antrieb sich auf den überwiegenden Wert richtet, müssen wir die Möglichkeit voraussetzen, auf Grund einer Vergleichung mit der objektiven Regel des Wertes, wie sie durch das Gesetz gegeben ist, das Stärkeverhältnis der Antriebe zu regulieren derart, daß im Endergebnis unter den unmittelbar auf das Handeln gerichteten Antrieben der überwiegende Antrieb auf den überwiegenden Wert gerichtet wird, d. h. daß es eine Disziplin der Antriebe gibt. Ich verstehe unter „Disziplin" den Inbegriff von Maßnahmen, die dazu dienen, die Willkür in der Befolgung der Neigungen auf die Bedingung der Uebereinstimmung mit einer vorausgesetzten Regel des Verhaltens einzuschränken, und zwar unterscheide ich zwei Arten der Disziplin, eine äußere und eine innere. Ich nenne äußere Disziplin eine solche, die nicht das Werk des eigenen Willens des Handelnden ist. Für diesen Begriff kommt es nicht darauf an, welcher Art die äußeren Mittel der Disziplin sind, genug, daß sie nicht Ausfluß des eigenen Willens des Handelnden sind, mögen sie nun in unmittelbarem Zwang bestehen, d. h. in der Anwendung physischer Gewalt, oder in mittelbarem, psychischem Zwang durch Nötigung, Lockung oder Drohung. Innere Disziplin, Selbstdisziplin oder — mit dem deutschen Wort — Selbstzucht heißt dagegen eine solche, die das Werk des eigenen Willens des Menschen ist.

Eine Disziplin, die nicht bloß zufällige Legalität, sondern Moralität bewirken soll, kann, gemäß dem Prinzip der Gesinnungsethik, nur innere Disziplin sein. Selbst wenn nämlich durch Zwang die äußerliche Uebereinstimmung des Verhaltens mit den Anforderungen des Sittengesetzes bewirkt werden kann, so reicht doch kein Zwang hin, einen widerstrebenden Willen entgegen der Neigung zur Befolgung des Gesetzes zu bestimmen. Durch physischen Zwang, durch Nötigung also, d. h. durch die Erweckung der Antriebe der Furcht oder der Hoffnung, kann zwar recht wohl auf das innere Verhalten des Menschen eingewirkt werden, aber doch nur so, daß eine stärkere Neigung die schwächere überwindet; die Uebereinstimmung des dadurch herbeigeführten Erfolges mit den Anforderungen des Gesetzes bleibt für den Willen des Handelnden auch hier zufällig.

Hieraus folgt also, daß in der Tat nur durch innere, nicht aber durch äußere Disziplin die sittliche Bereitschaft gestiftet werden kann. Steht dies aber fest, so ist nicht nur die Zulässigkeit, sondern die Notwendigkeit erwiesen, unabhängig von aller und jeder phychologischen Erfahrung, also rein a priori, die Möglichkeit einer inneren Disziplin vorauszusetzen, d. h. vorauszusetzen, daß der Wille in das Spiel der Antriebe einzugreifen vermag, daß es also ein Vermögen gibt, willkürlich einen zunächst schwachen Antrieb zu stärken oder einen starken zu schwächen, mit anderen Worten: das Stärkeverhältnis der Antriebe auf Grund ihrer Vergleichung mit einer Regel des Wertes willkürlich zu verändern. Da ferner diese Veränderung als ein Werk innerer Disziplin selber nur möglich ist durch den Willen, so müssen wir voraussetzen, daß die bloße Einsicht in die objektive Regel des Wertes ihrerseits einen hinreichenden Antrieb abzugeben vermag, vielleicht nicht unmittelbar zur Befolgung dieser Regel, sicher aber dazu, das hierfür erforderliche Stärkeverhältnis der anderweitigen Antriebe herzustellen. Wie dieser Mechanismus, dessen Existenz wir a priori beweisen können, psychologisch möglich ist, bleibt eine psychologisch zu lösende Frage, die eben darum aus der philosophischen Untersuchung ausscheidet.

Die Stärkung des Charakters.

Dieser Nachweis der Möglichkeit einer inneren Disziplin setzt uns in den Stand, die Aufgabe der Erziehung positiv zu bestimmen. Im Gegensatz zu einer auf der Wirkung von äußerer Disziplin beruhenden bloßen Abrichtung verlangt die Erziehung die Weckung der inneren Disziplin. Wir können diese Aufgabe mit einem einfachen und gebräuchlichen Ausdruck die Aufgabe der Charakterbildung nennen. Charakter ist nichts anderes als Unabhängigkeit des Willens von der Herrschaft des zufällig stärksten Antriebes. Also kann Erziehung ihre Aufgabe nur lösen durch die Bildung des Charakters, dessen wesentliche Züge, wie die Ethik nachweist, Stärke, Lebendigkeit und Reinheit sind. (Fortsetzung folgt.)

*) Abdruck aus dem Werk LEONARD NELSON: „System der philosophischen Ethik und Pädagogik", Verlag „Oeffentliches Leben", Berlin (siehe Anzeige).

Menschen ohne Land – Land ohne Menschen.

H. P. **Madrid**, Mai 1932.

Mit Hilfe der wissenschaftlichen Mittel des Zählens, Rechnens und Vergleichens gelingt es allmählich, die Rolle des Großgrundbesitzes als eine der Hauptursachen des wirtschaftlichen Niedergangs in ein recht kompromittierendes Licht zu rücken. Es stellt sich dabei heraus, daß die Propheten, die von einer Uebervölkerung der Erde reden und als einzigen Ausweg nur noch Kriege und ähnliche löbliche Einrichtungen zur Verminderung des Menschengeschlechts vor sich sehen, gedankenlose Schwätzer sind.

Ein Beispiel für die unberechenbaren Möglichkeiten zur Erweiterung des Lebensraumes großer Massen von Menschen bietet die iberische Halbinsel und — insbesondere die spanische Republik. Mannigfaltige und reiche Erzvorkommen werden nur in unvollkommenem Maße ausgeschöpft. Fast alle europäischen Klimaten finden wir in Spanien und demgemäß auch alle Feld- und Gartenfrüchte der gemäßigten Zonen. Aber auch die heiße Luft Afrikas spielt um die kahlen Hügel des andalusischen Berglandes und zaubert in den Tälern märchenhaften Reichtum aus dem Boden. Und gerade in diesen Gegenden gibt es hungernde Menschen und solche, die vergebens nach Arbeit suchen. Aus diesen Gegenden strömen die Landarbeiterscharen in die Städte oder wandern völlig aus. Warum das so ist, lehren nüchterne Zahlen, die ein spanischer Schriftsteller, Cristobal De Castro, in seinem Buche „Menschen ohne Land und Land ohne Menschen", anschaulich und anklagend zugleich, zusammengestellt hat.

Es ist nicht sehr leicht, verläßliche statistische Angaben über die spanische Wirtschaft zu finden, aber schon eine bekannte und anerkannte Tatsache muß den Verdacht wach werden lassen, daß in den Eigentumsverhältnissen in der spanischen Landwirtschaft manches faul ist: Die Tatsache nämlich, daß in diesem reichen Land mit 503 000 qkm (Deutschland: 470 000 qkm) nur 22 Millionen Menschen leben, das heißt: noch nicht 45 Menschen auf den Quadratkilometer (Deutschland: 134, Belgien: 265!).

Mehr als die Hälfte des Bodens bleibt unausgenützt, liegt brach und dient den Herrschaften meist nur als Jagdgrund.

De Castro gibt die Fläche des unbebauten Bodens mit 31 Millionen Hektar bei 50 Millionen Hektar Gesamtfläche an.

Im Jahre 1930 waren etwa 4½ Millionen Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt. In den 27 Provinzen gibt es insgesamt 1 444 000 Eigentümer, und zwar entfallen

auf Eigentümer von weniger als 1 Hektar	590 000,
auf Eigentümer von 1 bis 5 Hektar	527 000,
auf Eigentümer von 5 bis 10 Hektar	142 000.

Weniger als 1 Hektar ist aber völlig ungenügend zur Ernährung einer Familie. Auch die nächste Stufe reicht nicht immer aus zur Erhaltung des Lebens. Es gibt zwar Gegenden, wo selbst weniger als 1 Hektar genügt, aber dort haben wir es schon mit Gartenbetrieben zu tun bei sehr intensiver Bearbeitung.

Diesen Menschen ohne Land steht viel Land ohne Menschen gegenüber. Vor allem in Kastilien, Extremadura und Andalusien gibt es Latifundien von *märchenhafter* Ausdehnung.

Es gibt Eigentümer von Landflächen in den riesigen Ausdehnungen von 41 000 Hektar! Die Zahl derjenigen, die 1000 Hektar und mehr besitzen, geht in die Tausende. Als Beispiel diene die Provinz Salamanca; dort gibt es 96 Besitztümer mit mehr als 1000 Hektar, 100 mit mehr als 2500 Hektar und 47 mit mehr als 5000 Hektar! In einer Reihe von Provinzen kann eine ähnliche Rechnung aufgestellt werden, so z. B. im Bezirk Utrera, wo von einer Gesamtfläche von 68 000 Hektar nicht weniger als 54 000 Hektar ganzen 30 Herren gehören.

Diese Zahlen decken im Grunde das ganze Elend der bäuerlichen Bevölkerung Spaniens auf und zeigen zugleich, worin die wichtigsten Maßnahmen zur Beseitigung dieser Quelle der Ausbeutung und des Elends bestehen müssen. Diese Großgrundbesitzer fühlen sich in ihren Reichen nicht geringer als Könige und üben ihre Herrschaft in einer empörenden Weise aus. De Castro erwähnt in seinem Buche den Wortlaut eines Pachtvertrages der Bevölkerung einer Ortschaft bei Saragossa, der auch uns dazu dienen kann, die Bedrückungen, unter denen die Campesinos Spaniens zu leiden haben, kennen zu lernen.

Der ganze Ort Sobradiel mit allen Hütten und sonstigem Gerät gehört einem Grafen gleichen Namens. Für ihre elenden Hütten müssen die Pächter jährlich 800 und mehr Peseten (250—300 Mark) Miete bezahlen, außer der Pacht für das Land. Dabei müssen sie auch noch für die Instandhaltung des Gebäudes Sorge tragen. Deutlicher noch zeigen folgende Vorschriften des Verpächters die Halseisen, die den Landwirten die Luft nehmen:

„Das Grünzeug des Feldes gehört dem Verpächter. Als solches wird das Blatt der Zuckerrüben verstanden."

„Die Pächter bezahlen die Reinigung der Bewässerungsanlagen."

„Sie können das Gut nicht weiterverpachten."

„Es ist den Pächtern verboten, Läden, Cafés oder andere Handelsgeschäfte einzurichten."

„Auch ist es ihnen verboten, Kaninchen zu halten oder Zuchtvieh, ohne Erlaubnis des Verpächters."

„Die Besitzer haben das Recht, aus Gründen der öffentlichen oder privaten Moral die Pächter zu entlassen, wenn diese sich gegen die Religion vergehen, Ungehorsam oder mangelnden Respekt gegenüber dem Besitzer oder seiner Familie zeigen."

Als diese Sklavenbestimmungen der Bevölkerung allmählich zu drückend wurden, wollten sie zur Verteidigung ihrer Rechte in den Landarbeiterverband eintreten. Aber der Herr Graf erboste sich darüber so sehr, daß er dem ganzen Ort aufkündigte.

Solche Vorkommnisse sind keine Ausnahmeerscheinungen, sondern wiederholen sich in mehr oder minder grotesk em Maße auch jetzt noch.

Seit Jahr und Tag wird über die Notwendigkeit der Agrarreform geredet. Sie füllt fast täglich Rubriken der Zeitungen; der zuständige Minister, Marcelino Domingo, hält über dieses Thema Reden und kaut stets die gleichen Gemeinplätze wieder. Es wäre viel besser, wenn das viele Reden eingestellt und die Zeit dafür verwendet würde, dem Problem wirklich mit Taten zu Leibe zu gehen.

Es steht zu befürchten, daß eine befriedigende Lösung, das heißt: eine für die *Arbeiter* befriedigende Lösung, nicht mehr zu erwarten ist.

Der für die Enteignung der Großgrundbesitzer günstige Zeitpunkt ist vorüber. Jeder weitere Entwurf, jede weitere Aenderung des jetzigen Entwurfs wird zu Gunsten der Kapitalisten ausfallen.

Das ganze Agrarproblem wird mehr und mehr zu einem reinen „Bewässerungsproblem", für dessen Lösung der Staat letzten Endes zu Gunsten der Großgrundbesitzer den Säckel öffnen muß. Alle diese Maßnahmen sind halbe Maßnahmen und rühren deshalb nicht am Kernproblem der spanischen Landwirtschaft: an der Beseitigung des Großgrundbesitzes und damit an der Beseitigung des Pachtsystems, das Schuld hat an der Ausplünderung des Bodens, an dem Raubbau am spanischen Boden. Keiner der Pächter, die unter solchen Bedingungen das Land bearbeiten müssen, wird für die notwendige Düngung des Bodens sorgen oder wird, im Bewußtsein einer gesicherten Existenz, an der Erhöhung der Qualität seiner Produkte arbeiten.

Aber auch hier liegt die Schuld nicht zuletzt bei den Sozialdemokraten, die unter keinen Umständen zum Individualbesitz „zurückkehren" möchten und die alle bäuerlichen Bestrebungen kurzweg als reaktionär bezeichnen, ohne auch nur einen Beweis dafür zu erbringen.

Die Enteigung des Großgrundbesitzes soll nur dann unterstützt werden, wenn der enteignete Besitz dann kollektiv bearbeitet wird. Auch hier ist die Frage, ob denn auch ein solcher Fortschritt im Sinne des Sozialismus liegt, ob dabei die Ausbeutung in dem höchstmöglichen Maße verhindert wird, völlig in den Hintergrund getreten und offen zu Tage liegt nur das Dogma von der Entwicklung zum Kollektivismus.

Ueber die Mittel, die von der spanischen Regierung zur Lösung der Agrarfrage vorgeschlagen worden sind und die dem Parlament noch vorgelegt werden sollen, wird hier noch gesprochen werden.

Ankurbelung der Bauwirtschaft.

In der alten Melodie ein neuer Ton. — Der „Vorwärts" unterschlägt ihn.

Die Deutsche Gesellschaft für Bauwesen veranstaltete gemeinsam mit 35 Verbänden der Architekten, des Baugewerbes, der Baustoffindustrien und des Bauhandels am 20. Mai in Berlin eine Kundgebung: „Arbeitsbeschaffung und Bauwirtschaft."

Das Ergebnis der Tagung ist im ganzen sehr mager. Aus den Reden des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, und des Vorstandsmitgliedes der Deutschen Bau- und Bodenbank, Direktor Wildermuth, konnte man fast nur entnehmen, was wir alle längst wissen:

1. Es gibt zahlreiche Projekte für Arbeitsbeschaffung. Es ist möglich, sich vielerlei mehr oder weniger nützliche Arbeiten auszudenken und deren Kosten zu berechnen. Man hörte die alte Liste: **Reichsbahn, Reichspost, Straßenbau, Hochwasserschutz, Meliorationen, Hausreparaturen, Wohnungsbau, Siedlung.**

2. Es gibt bereits eine große Anzahl von Instituten zur Durchführung von Arbeitsbeschaffungsplänen: die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, die Deutsche Bodenkultur AG, die Deutsche Siedlungsbank, die Deutsche Bau- und Bodenbank.

3. Die Finanzierung ist schwierig. Genannt wurde: Prämienanleihe, Hilfe der Reichsbank.

*

Wichtiger ist die Feststellung von Syrup: So begrüßenswert Notmaßnahmen auf dem Gebiete der Bauwirtschaft sind, **eine wirkliche Hilfe für den Arbeitsmarkt kann nur aus einer natürlichen Gesundung der Gesamtwirtschaft kommen.**

Aehnlich sagte Wildermuth:

Jedes Arbeitsbeschaffungsprogramm, das isoliert in Angriff genommen wird, muß ziemlich wirkungslos bleiben.

Diese Behauptung wurde von Wildermuth noch durch folgende Ueberlegung unterstrichen: Nimmt man an, daß ein Arbeitsbeschaffungsprogramm von 1½ Millionen Mark vollständig der Bauwirtschaft zu gute käme, so würde trotzdem im Verhältnis zum Vorjahr der Bauaufwand auf etwas mehr als zwei Drittel absinken.

*

Ueber diese richtigen Feststellungen hinaus fehlte es leider an jedem Versuch, die Ankurbelung der Bauwirtschaft einzuordnen in einen Plan zur Belebung der Gesamtwirtschaft. Das kann nur tun, wer aus der Krisentheorie konsequent die Forderungen zur Ueberwindung der Krise ableitet und dabei nicht davor zurückschreckt, zu sagen, daß eine Ueberwindung der Krise nur möglich ist, wenn mächtige kapitalistische Schichten (Schwerindustrie und Großgrundeigentum) bankerott gehen.

Wer, wie der „Vorwärts", in seinem Bericht über die Kundgebung, die Feststellung der beiden Redner, daß Ankurbelung der Bauwirtschaft allein nicht aus der Krise herausführt, unterschlägt, der hindert seine Leser, selber darüber nachzudenken, was notwendig ist. Der erzieht sie dazu, sich damit abzufinden, daß lediglich hier und dort mit Hilfe dieser oder jener Maßnahmen Arbeiter eingestellt werden. Der verhindert, daß über ein Programm zur Behebung der Krise, dem ein Programm zur Belebung der Bauwirtschaft eingegliedert sein muß, auch nur nachgedacht wird.

Eine solche Zeitung tut alles, was in ihrer Macht steht, um zur Verlängerung der Krise beizutragen.

Rpt.

Revision des Butterzolls?

Der Rückgang der deutschen Ausfuhr im April hat die Diskussion um den Butterzoll wieder aufleben lassen. Die Butterzollerhöhung hat, ohne den Landwirten eine entscheidende Hilfe bringen zu können, in den Abnehmerländern der deutschen Industrie teils zu weiteren Einfuhrbeschränkungen durch Regierungsmaßnahmen, teils zu erhöhter Propaganda gegen die Einfuhr deutscher Waren geführt.

Es ist ja zum Beispiel klar, daß man in Holland auf die Deutschen nicht gut zu sprechen ist, wenn die Holländer zusehen müssen, wie die holländische Buttereinfuhr nach Deutschland in den ersten vier Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr von 6251 Tonnen auf 2775 Tonnen zusammengeschrumpft ist (von 8,8 Millionen Gulden auf 2,9 Millionen Gulden).

Von deutscher Seite wird zur Zeit erwogen, das System der von den ausländischen Butterlieferanten als besonders lästig empfundenen Kontingente zu beseitigen oder doch zu ändern und dafür eine allgemeine Erhöhung der handelsvertraglich festgelegten Butterzölle vorzuschlagen. Vermutlich würden Dänemark und Holland einer solchen Regelung zustimmen. Ein Hauptanstoß zum Aergernis wäre damit beseitigt.

Die deutschen Bauern sollten gerade jetzt nachdrücklichst verlangen, daß ihnen statt jener Hilfe durch Schikanierung der Buttereinfuhrländer — einer Hilfe, die der Gesamtwirtschaft schweren Schaden zufügte — eine Hilfe zu Teil wird durch Ermäßigung von Futtergetreidezöllen. Das wäre eine *für die Gesamtwirtschaft nützliche Maßnahme.* Durch eine solche Aenderung der Politik kann nämlich gleichzeitig geholfen werden: den dänischen Bauern, den deutschen Bauern, der deutschen Ausfuhrindustrie und den deutschen Konsumenten!

H. H.

FRANKREICH

Stahlwerksverband und Eisenhandel: Der französische Stahlwerksverband hat mit dem Syndikat der Eisengroßhändler einen Vertrag abgeschlossen! Der Stahlwerksverband überwacht künftig den Verkauf; es ist beabsichtigt, daß er Großhandelspreise festlegt, den Einzelhandel reglementiert und ihm Preise vorschreibt; für die Nichteinhaltung der Vertragsbedingungen sieht der Vertrag die Einführung von Geldstrafen vor. — Dabei wird behauptet, daß der Vertrag die „Bewegungsfreiheit" des Einzelhandels nicht irgendwie einschränken soll!

Syndikat der französischen Kaltwalzwerke: Nachdem bereits für warmgewalztes Bandeisen ein Kartell gegründet worden ist, tritt am 1. Juni ein Vertrag in Kraft, der die Kaltwalzwerke einem Syndikat anschließt. Der überwiegende Teil der in Frage kommenden französischen Werke hat sich dem Syndikat angeschlossen.

HOLLAND

Regierungshilfe für die Seeschiffahrt: Der zweiten holländischen Kammer liegt ein Gesetz zur Subventionierung der Schiffahrt vor. Darnach soll eine Finanzierungsgesellschaft mit einem Kapital von 3 Millionen Gulden gegründet werden, deren Aktien sich in der Hauptsache in den Händen des Staates befinden sollen. Kredite sollen nur solchen Schiffahrtsgesellschaften gewährt werden, die einen Reorganisierungsplan vorlegen können, dessen Durchführung „genügend gesichert" ist. Ferner soll in jedem einzelnen Fall erst geprüft werden, ob durch Zusammenlegung oder sonstige engere Zusammenarbeit mit anderen hilfsbedürftigen Gesellschaften bessere Ergebnisse erzielt werden können. — Zur Begründung dieses Subventionsplanes wird angeführt, daß die holländische Schiffahrt in eine äußerst schwierige Lage gekommen sei, nachdem 54 Prozent der Weltflotte sich in Händen solcher Länder befinden, deren Währung entwertet ist.

Neugründungen: Im Binnenschiffahrtsgewerbe ist nach holländischen Meldungen die Gründungstätigkeit wieder lebhafter geworden: deutsche Rheinschiffahrtsbetriebe wandern, um den Devisenbestimmungen zu entgehen, nach Holland ab. Von deutscher Seite wird „beruhigend" versichert, es handele sich nur um kleinere und mittlere Betriebe. Richtig! Denn die großen Reedereien haben längst holländische und belgische Filialen und brauchen lediglich diese Filialen stärker auszubauen.